

Jackpot

EURO JACKPOT

VON LOTTO

10

Mio. €

Gewinnwahrsch. Eurojackpot = 1:95 Mio.

Kostenlose Hotline 0800 1 372700

Spieleteilnahme ab 18 Jahren

Saarbrücker Zeitung

LOTTO 6aus49

Jackpot

Gewinnklasse 1

7

Mio. €

Jackpot

Gewinnklasse 2

3

Mio. €

Gewinnwahrsch. Gewinnkl. 1 = 1:140 Mio.

Gewinnwahrsch. Gewinnkl. 2 = 1:15,5 Mio.

Glücksspiel kann süchtig machen

GEGRÜNDET 1761

DIENSTAG, 19. OKTOBER 2021

WWW.SAARBUECKER-ZEITUNG.DE

St. Ingberter erfindet eine schonende Bauchliege

Lokalteil St. Ingbert > Seite C 1

Wie geht es der Queen?

Panorama > Seite D 6

Handelskette Globus will 20 000 neue Jobs schaffen

Saarland-Wirtschaft > Seite B 3

SAARLAND

Jetzt wieder neue OTW-Kennzeichen

„OTW“ ist zurück auf Saarlands Straßen: Seit Montag wird das Auto-Kennzeichen für Ottweiler auf der Zulassungsstelle des Landkreises Neunkirchen wieder vergeben. Der Ansturm auf das neue, alte Nummernschild, das 1974 abgeschafft wurde, war enorm. Das erste ging an Hans Peter Schorr und seinen Porsche. > Seite B1 FOTO: B&K

Weiter auf dem Weg zur Ampel - auch FDP für Koalitionsgespräche

Nach SPD und Grünen stimmen auch die Liberalen für die Aufnahme von Verhandlungen um eine neue Bundesregierung. Erste Konflikte zeichnen sich ab.

BERLIN/SAARBRÜCKEN (dpa/SZ) Rund drei Wochen nach der Bundestagswahl können die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der ersten Ampel-Regierung auf Bundesebene beginnen. Nach SPD und Grünen stimmten am Montag auch Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP für die Aufnahme von Gesprächen. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mitzuübernehmen“, sagte Parteichef Christian Lindner in Berlin. „Deutschland braucht eine

stabile Regierung, Deutschland darf nicht führungslos sein, Deutschland benötigt eine umfassende Modernisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.“ Die Verhandlungen sollten noch „in dieser Woche“ starten. Bis Weihnachten soll eine neue Regierung stehen.

„Jetzt gilt es, ein gemeinsames Programm auszubuchstabieren.“
Oliver Luksic
Vorsitzender der FDP im Saarland

Lindner machte indes deutlich, das angestrebte Bündnis werde wohl eher ein Zweckbündnis. Es gebe nach wie vor große inhaltliche Unterschiede. Nötig seien künftig daher von allen viel Toleranz und Bereitschaft zu „neuem Denken“.

Am Freitag hatten die Ampel-Unterhändler ein Ergebnispapier ihrer Sondierungsgespräche präsentiert. Danach soll es keine Steuererhöhungen geben, die Schuldenbremse soll wieder eingehalten werden. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf zwölf Euro pro Stunde steigen. Beim Klimaschutz ist unter anderem ein Kohleausstieg schon bis 2030 geplant. In den Koalitionsgesprächen soll das Papier konkretisiert werden.

Dabei wird es in den kommenden Wochen auch um den Zuschnitt und die Besetzung der Ministerien gehen. Erste Konflikte zeichneten sich bereits ab. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte im Wahlkampf betont, sein Kabinett solle paritätisch, also mit gleich vielen Frauen wie Männern besetzt sein. Davon zeigten sich führende FDP-Politiker nun wenig begeistert. „Bei der Besetzung von

Kabinettposten sollte immer die Qualifikation und die Fähigkeit, ein Ministerium zu führen, eine Hauptrolle spielen“, sagte FDP-Vize Wolfgang Kubicki. Um die Besetzung des Finanzressorts bahnt sich zudem ein Gerangel zwischen Grünen und FDP an. Mehrere Spitzenpolitiker der Ampel-Parteien versuchten derweil, die Debatte auszubremsen. FDP-Generalsekretär Volker Wissing bezeichnete Personaldiskussionen als verfrüht.

FDP-Saar-Chef Oliver Luksic nannte das Sondierungspapier eine „solide Ausgangsbasis“. Ziel sei nun, den „Aufbruch“ mitzugestalten. „Titel und Überschriften des Sondierungspapiers sind gut, jetzt gilt es in den Koalitionsverhandlungen, ein gemeinsames Programm auszubuchstabieren“, sagte Luksic.

Themen des Tages Seite A 2
Standpunkt Seite A 4

Saar-CDU plädiert für Frauenquote von 50 Prozent

SAARBRÜCKEN (kir) Die saarländische CDU drängt auf eine verpflichtende Frauenquote in der Partei. Generalsekretär Markus Uhl empfahl, den Vorschlag einer Satzungskommission, den Frauenanteil bis 2025 schrittweise auf 50 Prozent zu steigern, auf dem nächsten Bundesparteitag zu beschließen. Bislang gibt es in der Satzung nur eine Soll-Bestimmung für einen Frauenanteil bei Parteiämtern und öffentlichen Mandaten von mindestens einem Drittel. Mit dem derzeitigen Frauenanteil in der Mitgliedschaft sowie in Ämtern und Mandaten „können und wollen wir nicht zufrieden sein“, sagte Uhl. Der Frauenanteil unter allen Mitgliedern liegt bei rund 30 Prozent, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei 23 Prozent.

Unterdessen ringt die Union im Bund weiter mit den Folgen des Debakels bei der Bundestagswahl.

Saarland-Nachrichten Seite B 2
Themen des Tages Seite A 3

